

**Bürgerbeteiligung und
direkte Demokratie**

Ergebnisse einer bundesweiten
Bevölkerungsbefragung

28. Februar 2017
q7363/34418 Pl, Ma

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Vorbemerkung

Im Auftrag der Stiftung „Lebendige Stadt“ hat die forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Befragung zum Thema „Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie“ durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.001, nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte, Personen ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 15. bis 22. Februar 2017 mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung übertragen werden.

1. Vertrauen in die politischen Vertreter in der eigenen Gemeinde

Insgesamt hat knapp die Hälfte der Befragten (46 %) großes Vertrauen zu ihrer Kommunalvertretung, also dem Rat in ihrer Stadt bzw. ihrer Gemeinde oder der Stadtverordnetenversammlung.

38 Prozent geben an, dass sie eher wenig Vertrauen haben und gut jeder Zehnte (11 %) hat gar kein Vertrauen zur Gemeindevertretung.

Bedeutende Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen kleinen Gemeinden und den Großstädten: Während in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern 60 Prozent ihrer Gemeindevertretung großes Vertrauen entgegenbringen, in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern noch über 50 Prozent, sind es in den Großstädten nur noch 40 Prozent und den Metropolen lediglich 34 Prozent.

Das geringste Vertrauen in die Vertretung ihrer Gemeinde bzw. ihre Stadtverordnetenversammlung zeigen (wie in andere politische Institutionen auch) die Anhänger der AfD.

▪ Vertrauen in die Gemeindevertretung

	Zur Gemeindevertretung in der eigenen Stadt oder Gemeinde haben Vertrauen		
	(sehr) großes %	eher wenig %	gar keins *) %
insgesamt	46	38	11
Ost	42	40	10
West	46	38	11
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	60	21	16
- 5.000 bis unter 20.000	52	36	8
- 20.000 bis unter 100.000	45	40	9
- 100.000 bis unter 500.000	40	42	12
- 500.000 und mehr	34	47	12
Anhänger der:			
CDU/CSU	60	27	7
SPD	53	35	8
Linke	31	52	10
Grünen	55	35	8
FDP	37	36	20
AfD	13	65	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Größer als das Vertrauen in den Rat oder die Stadtverordnetenversammlung ist das Vertrauen in den Bürgermeister oder Oberbürgermeister: Mehr als die Hälfte (54 %) der Bundesbürger hat großes Vertrauen zu ihrem Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister.

32 Prozent haben eher wenig, 10 Prozent kein Vertrauen in ihr Stadt- oder Gemeindeoberhaupt.

Wenngleich auch das Vertrauen in den eigenen Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister in den kleineren Gemeinden größer ausfällt als in den Städten, ist die Diskrepanz zwischen Stadt und Land hier weniger ausgeprägt als bei der Frage nach dem Vertrauen in die Gemeindeparlamente.

Dort, wo der Bürgermeister direkt gewählt wurde, ist das Vertrauen etwas höher als in Gemeinden, in denen er vom Rat oder der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde.

Anhänger der Linken und insbesondere Anhänger der AfD geben auch in Bezug auf ihren Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister überdurchschnittlich häufig an, dass sie eher wenig oder gar kein Vertrauen zu diesem haben.

▪ Vertrauen in den eigenen (Ober-)Bürgermeister

	Zu ihrem Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister haben Vertrauen		
	(sehr) großes %	eher wenig %	gar keins *) %
insgesamt	54	32	10
Ost	54	33	9
West	54	32	10
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	61	21	13
- 5.000 bis unter 20.000	59	26	11
- 20.000 bis unter 100.000	51	36	8
- 100.000 bis unter 500.000	49	34	10
- 500.000 und mehr	53	37	8
Bürgermeister direkt gewählt			
- ja	60	28	9
- nein	48	41	9
Anhänger der:			
CDU/CSU	65	28	5
SPD	59	29	10
Linke	46	40	11
Grünen	65	31	3
FDP	47	27	16
AfD	22	56	19

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

64 Prozent der Befragten geben an, dass der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister in ihrer Stadt bzw. Gemeinde von den Bürgern direkt gewählt wurde. Laut Aussage von 19 Prozent der Befragten wurde ihr (Ober-)Bürgermeister vom Gemeindeparlament gewählt, also dem Rat oder der Stadtverordnetenversammlung.

17 Prozent wissen nicht, auf welche Weise ihr Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister gewählt wurde.

Mit sinkender Ortsgröße steigt der Anteil der Befragten, die angeben, dass der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister per Direktwahl bestimmt wurde.

Allerdings steigt mit zunehmender Ortsgröße auch der Anteil an Befragten, die nicht wissen, auf welche Art ihr (Ober-)Bürgermeister gewählt wurde.

- Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters?

Der Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister in ihrer Stadt bzw. Gemeinde wurde

	von den Bürgern direkt gewählt %	vom Gemeinde- parlament gewählt %	weiß nicht %
insgesamt	64	19	17
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	79	14	7
- 5.000 bis unter 20.000	73	11	16
- 20.000 bis unter 100.000	68	14	18
- 100.000 bis unter 500.000	53	25	22
- 500.000 und mehr	41	36	23

2. Meinungen zu Volksentscheiden

Knapp zwei Drittel aller Befragten (64 %) glauben, dass durch mehr Volksentscheide als heute das Vertrauen der Bürger zur Politik gestärkt werden könnte.

31 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass dies wenig Einfluss auf das Ausmaß des Vertrauens der Bürger zur Politik hätte.

Dass mehr Volksentscheide das Vertrauen in die Politik stärken könnten, meinen Ostdeutsche etwas häufiger als Befragte in Westdeutschland. Am häufigsten sind die Anhänger Linkspartei und der AfD dieser Ansicht.

▪ Größeres Vertrauen in die Politik durch mehr Volksentscheide?

Es glauben, dass durch mehr Volksentscheide als heute das Vertrauen der Bürger zur Politik gestärkt werden könnte

	ja %	nein, hätte wenig Einfluss *) %
insgesamt	64	31
Ost	71	25
West	63	32
18- bis 29-Jährige	66	27
30- bis 44-Jährige	67	28
45- bis 59-Jährige	68	29
60 Jahre und älter	58	36
Hauptschule	60	35
mittlerer Abschluss	64	28
Abitur, Studium	64	33
Anhänger der: CDU/CSU	57	38
SPD	70	26
Linke	80	16
Grünen	53	44
FDP	54	43
AfD	79	18

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Obwohl eine Mehrheit glaubt, dass Volksentscheide das Vertrauen zur Politik bei den Bürgern gestärkt werden könnte, geht nur eine Minderheit grundsätzlich davon aus, dass die Entscheidungen, die in einer Stadt oder Gemeinde getroffen werden müssen, auch dazu geeignet sind, um darüber die gesamte Bürgerschaft abstimmen zu lassen.

44 Prozent der Befragten vertreten hingegen die Ansicht, dass die zu treffenden Entscheidungen meist so kompliziert sind, dass man darüber nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ abstimmen kann.

Ein Fünftel der Befragten hält manche Fragen für Volksentscheide für geeignet und andere nicht.

Befragte in Großstädten sind häufiger als diejenigen in kleineren Gemeinden der Ansicht, dass die zu treffenden Entscheidungen meist zu kompliziert sind, um darüber in Volksentscheiden abzustimmen. Auch Anhänger der Grünen vertreten überdurchschnittlich häufig diesen Standpunkt.

Auch von denjenigen, die Volksentscheiden eine „vertrauensbildende“ Wirkung zuschreiben, ist nur weniger als die Hälfte uneingeschränkt der Ansicht, dass die Entscheidungen in einer Stadt oder Gemeinde sich für Volksentscheide eignen.

▪ Meinungen zur Eignung politischer Entscheidungen für Volksentscheide

Die Entscheidungen, die in einer Stadt oder Gemeinde getroffen werden müssen, sind dazu geeignet, um darüber die gesamte Bürgerschaft abstimmen zu lassen

	ja	nein, die Entscheidungen sind meist zu komplex	teils, teils *)
	%	%	%
insgesamt	32	44	21
Ost	35	35	25
West	31	46	21
18- bis 29-Jährige	30	46	23
30- bis 44-Jährige	37	41	19
45- bis 59-Jährige	33	41	24
60 Jahre und älter	28	47	21
Hauptschule	33	44	20
mittlerer Abschluss	34	38	24
Abitur, Studium	28	49	21
Ortsgröße (Einwohner):			
- unter 5.000	27	37	34
- 5.000 bis unter 20.000	33	39	26
- 20.000 bis unter 100.000	36	41	18
- 100.000 bis unter 500.000	27	54	18
- 500.000 und mehr	30	52	16
Einfluss von Volksentscheiden auf das Vertrauen zur Politik:			
- ja	40	35	23
- nein	18	64	16
Anhänger der:			
CDU/CSU	25	52	20
SPD	36	48	15
Linke	31	33	31
Grünen	25	61	14
FDP	32	43	25
AfD	48	29	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nur eine Minderheit der Bundesbürger glaubt, dass sich an Volks- oder Bürgerentscheiden alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise beteiligen.

Die große Mehrheit (79 %) ist hingegen der Ansicht, dass sich an Volks- oder Bürgerentscheiden nur bestimmte Gruppen mit ganz bestimmten Interessen beteiligen.

In dieser Einschätzung unterscheiden sich die einzelnen Bevölkerungs- und Wählergruppen nur geringfügig.

▪ Einschätzungen zu den Bevölkerungsgruppen, die sich an Volksentscheiden beteiligen

	An Volks- oder Bürgerentschieden beteiligen sich alle Bevölkerungsgruppen in gleicher Weise	
	ja %	nein, nur bestimmte Gruppen mit bestimmten Interessen % ^{*)}
insgesamt	13	79
Ost	16	77
West	16	77
18- bis 29-Jährige	21	73
30- bis 44-Jährige	13	78
45- bis 59-Jährige	11	84
60 Jahre und älter	13	80
Hauptschule	14	74
mittlerer Abschluss	14	79
Abitur, Studium	13	81
Einfluss von Volksentscheiden auf das Vertrauen zur Politik:		
- ja	17	76
- nein	8	87
Anhänger der:		
CDU/CSU	12	81
SPD	15	78
Linke	6	90
Grünen	19	77
FDP	6	79
AfD	14	86

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Eine ähnlich große Mehrheit der Bundesbürger (72 %) hält es auch für möglich, dass bei Volksentscheiden Minderheiten ihre Ansichten durchbringen können, obwohl die Mehrheit der Bürger ganz anderer Meinung ist.

Knapp ein Viertel (23 %) hält das nicht für möglich.

▪ Auswirkungen einer geringen Beteiligung an Volksentscheiden

Durch Volksentscheide kann es dazu kommen, dass bei einer geringen Beteiligung Minderheiten ihre Ansichten durchbringen, obwohl die Mehrheit der Bürger ganz anderer Meinung ist

	ja %	nein *) %
insgesamt	72	23
Ost	69	24
West	73	22
18- bis 29-Jährige	69	26
30- bis 44-Jährige	69	25
45- bis 59-Jährige	75	21
60 Jahre und älter	73	20
Hauptschule	64	29
mittlerer Abschluss	70	25
Abitur, Studium	76	21
Einfluss von Volksentscheiden auf das Vertrauen zur Politik:		
- ja	72	24
- nein	77	19
Anhänger der: CDU/CSU	72	23
SPD	78	19
Linke	72	22
Grünen	69	27
FDP	83	16
AfD	70	27

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Möglichkeiten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen

Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, was getan werden könnte oder müsste, damit sich wieder mehr Bürger an der Wahl des Rats ihrer Gemeinde oder der Wahl zu den Stadtverordnetenversammlungen zu beteiligen, werden in erster Linie Aspekte benannt, die sich konkret an die politischen Akteure richten.

So nennen 19 Prozent mehr Bürgernähe der Politiker vor Ort als wichtigen Aspekt, um die Beteiligung bei Kommunalwahlen wieder zu erhöhen. 15 Prozent fordern mehr Glaubwürdigkeit, 9 Prozent mehr Transparenz und Offenheit ein.

8 Prozent halten eine verständlichere Sprache der Politiker für wichtig, 5 Prozent meinen, dass Politiker sich mehr um die wichtigen Themen und Probleme kümmern müssten und 2 Prozent nennen spontan mehr geeignete Kandidaten.

Neben Veränderungen auf Seiten der politischen Akteure werden auch Aspekte benannt, die den Stellenwert von Kommunalwahlen betreffen. Hier werden vor allem bessere Informationen über den Sinn und Zweck von Kommunalwahlen und eine Erhöhung ihrer Attraktivität angeführt.

Mehr direktdemokratische Verfahren werden nur von vergleichsweise wenigen Befragten spontan als Mittel genannt, um auch die Wahlen zu den Stadt- oder Gemeinderäten wieder attraktiver zu machen.

▪ **Mögliche Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen**

Damit sich wieder mehr Bürger an Kommunalwahlen beteiligen, wäre wichtig:	insgesamt *) %
- mehr Bürgernähe der Politiker („mehr Präsenz“, „mehr Kontakt zur Bevölkerung“)	19
- mehr Glaubwürdigkeit der Politik, „Wahl- versprechen einhalten“	15
- mehr Transparenz, Offenheit	9
- verständlichere Sprache der Politik	8
- Politiker müssen sich um die wichtigen Themen und Probleme kümmern	5
- mehr geeignete Kandidaten	2
- bessere Information über die Kommunalwahlen	13
- Kommunalwahlen attraktiver machen	7
- bessere politische Bildung der Bürger	3
- Änderungen beim Wahlrecht (Online-Wahl, mehrere Wahltage)	2
- mehr direktdemokratische Verfahren/ Bürgerentscheide	6
- weiß nicht	23

*) offene Abfrage, aufgeführt sind die wichtigsten Nennungen

4. Eigenes politisches Engagement

41 Prozent der Befragten können sich nach eigenen Angaben grundsätzlich vorstellen, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren, z.B. in einer Partei, einer Bürgerinitiative oder einer anderen Organisation.

Für mehr als die Hälfte aller Befragten (59 %) käme dies hingegen nicht in Frage.

Dass sie sich vorstellen können, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren, geben Männer etwas häufiger als Frauen und unter 60-Jährige häufiger als ältere Befragte an.

Darüber hinaus steigt der Anteil derjenigen, die sich ein eigenes politisches Engagement vorstellen können, mit zunehmender Bildung der Befragten. Auch ist die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, in Großstädten höher als in kleineren Gemeinden.

Am größten ausgeprägt ist die grundsätzliche Bereitschaft zu einem persönlichen politischen Engagement unter den Anhängern der Linken, am geringsten bei den Anhängern der Unionsparteien.

▪ Bereitschaft zu politischem Engagement

Es könnten sich vorstellen, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren

	ja %	nein, das käme nicht in Frage %
insgesamt	41	59
Ost	40	60
West	42	58
Männer	46	54
Frauen	37	63
18- bis 29-Jährige	42	58
30- bis 44-Jährige	45	55
45- bis 59-Jährige	47	53
60 Jahre und älter	34	66
Hauptschule	27	73
mittlerer Abschluss	33	67
Abitur, Studium	51	49
Ortsgröße (Einwohner):		
- unter 5.000	38	62
- 5.000 bis unter 20.000	35	65
- 20.000 bis unter 100.000	40	60
- 100.000 bis unter 500.000	45	55
- 500.000 und mehr	52	48
Anhänger der:		
CDU/CSU	33	67
SPD	42	58
Linke	61	39
Grünen	49	51
FDP	54	46
AfD	45	55

Befragte, die sich nicht vorstellen können, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren, wurden gefragt, was sie vielleicht doch dazu bewegen könnte.

45 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich am ehesten politisch engagieren würden, wenn sie den Eindruck hätten, durch ihr Engagement etwas konkret bewirken oder verändern zu können. Nahezu ebenso viele (43 %) würden sich unter Umständen engagieren, wenn sie von einem Thema oder einem Problem unmittelbar betroffen wären.

29 Prozent würden sich möglicherweise doch politisch engagieren, wenn sie mehr Zeit zur Verfügung hätten, 25 Prozent, wenn sie sich mit den Zielen einer politischen Organisation identifizieren könnten.

Eine Anregung durch persönliche Kontakte wären für 17 Prozent, bestimmte Vorteile durch das Engagement für 11 Prozent ein Anreiz, sich unter Umständen doch politisch zu betätigen.

31 Prozent derjenigen, die sich nicht vorstellen können, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren, würden sich durch keines der aufgeführten Motive umstimmen lassen.

▪ Mögliche Motivationsquellen für ein eigenes politisches Engagement I *)

Es könnte sie vielleicht dazu bewegen, sich politisch zu engagieren, wenn...	insge-**) samt %	Männer %	Frauen %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
... sie den Eindruck hätten, durch ihr Engagement etwas konkret bewirken oder verändern zu können	45	45	46	48	47	52	38
... sie von einem Thema oder einem Problem unmittelbar betroffen wären	43	41	44	46	51	49	32
... sie mehr Zeit zur Verfügung hätten	29	30	27	26	44	36	16
... sie sich mit den Zielen einer politischen Organisation identifizieren könnten	25	29	22	32	21	28	23
... sie von jemandem in ihrem Verwandten- oder Bekanntenkreis, der selbst politisch engagiert ist, dazu angeregt würden	17	15	19	15	18	20	15
... sie durch ein politisches Engagement bestimmte Vorteile hätten	11	12	10	15	15	12	6
... nichts davon	31	26	34	16	26	26	43

*) Basis: Befragte, die sich nicht vorstellen können, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Mit zunehmender formaler Bildung der Befragten steigt der Anteil derjenigen, die vielleicht doch zu einem politischen Engagement bereit wären, wenn sie den Eindruck hätten, durch ihr Engagement etwas konkret bewirken oder verändern zu können.

Darüber hinaus wäre es für formal hoch Gebildete häufiger als für Befragte mit mittlerer oder niedriger Bildung ein Anreiz, wenn sie von einem Thema oder Problem unmittelbar betroffen wären bzw. wenn sie mehr Zeit zur Verfügung hätten.

▪ Motivationsquellen für ein eigenes politisches Engagement II *)

Es könnte sie vielleicht dazu bewegen, sich politisch zu engagieren, wenn...	insgesamt %	Hauptschule %	mittlerer Abschluss %	Abitur / Studium %
...sie den Eindruck hätten, durch ihr Engagement etwas konkret bewirken oder verändern zu können	45	37	44	53
...sie von einem Thema oder einem Problem unmittelbar betroffen wären	43	41	40	48
...sie mehr Zeit zur Verfügung hätten	29	21	25	38
...sie sich mit den Zielen einer politischen Organisation identifizieren könnten	25	25	24	27
...sie von jemandem in ihrem Verwandten- oder Bekanntenkreis, der selbst politisch engagiert ist, dazu angeregt würden	17	21	15	18
...sie durch ein politisches Engagement bestimmte Vorteile hätten	11	18	10	10
... nichts davon	31	36	36	22

*) Basis: Befragte, die sich nicht vorstellen können, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

5. Zusammenfassung

Knapp die Hälfte der Bundesbürger hat großes Vertrauen zum Rat in ihrer Stadt oder Gemeinde, mehr (über die Hälfte der Befragten) vertrauen ihrem Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister. Im Hinblick auf das Vertrauen in das Stadt- oder Gemeindeparlament zeigt sich ein starkes Stadt-Land-Gefälle: Während in Kleinstgemeinden 60 Prozent der Gemeindevertretung Vertrauen entgegenbringen, tut dies in Großstädten nur ein Drittel der Bürger.

Wenngleich es auch beim Vertrauen in den Bürgermeister gewisse Unterschiede zwischen größeren und kleineren Gemeinden gibt, sind die Unterschiede nicht annähernd so ausgeprägt wie beim Vertrauen in die Stadt- oder Gemeindeparlamente. In Kommunen, in denen der Oberbürgermeister direkt gewählt wurde, ist das Vertrauen etwas höher als in Gemeinden, in denen das nicht der Fall ist.

In Repräsentativbefragungen spricht sich seit vielen Jahren eine Mehrheit der Bürger für mehr Volksentscheide bzw. für die Einführung von Volksentscheiden auch auf Bundesebene aus. Diese grundsätzliche Befürwortung von mehr direktdemokratischen Elementen findet sich auch in den Ergebnissen der vorliegenden Befragung wieder, wenngleich die konkrete Beurteilung von Volks- und Bürgerentscheiden in der Praxis deutlich und skeptischer ausfällt.

So glaubt eine Mehrheit der Befragten zwar grundsätzlich, dass durch mehr Volksentscheide das Vertrauen der Bürger zur Politik gestärkt werden könnte. Gleichzeitig geht aber nur eine Minderheit davon aus, dass die Entscheidungen, die in einer Stadt oder Gemeinde getroffen werden müssen, sich auch für Bürgerentscheide eignen. Eine große Mehrheit sieht zudem das Problem, dass sich an Volks- oder Bürgerentscheiden nur bestimmte Gruppen mit bestimmten Interessen beteiligen. Eine ähnlich große Mehrheit meint außerdem, dass es bei einer geringen Beteiligung bei Volksentscheiden dazu kommen kann, dass Minderheiten ihre Vorstellungen durchbringen, die der Mehrheitsmeinung der Bürger widersprechen.

Auf die Frage, wie wieder mehr Bürger dazu bewegt werden könnten, sich an Kommunalwahlen zu beteiligen, werden mehr direktdemokratische Verfahren kaum genannt (obwohl die Befürworter häufig davon ausgehen, dass mehr Volksentscheide auch bei „normalen“ Wahlen wieder zu einer höheren Mobilisierung führen könnten). Stattdessen werden von den Bürgern eher Aspekte genannt, die sich konkret an die gewählten politischen Akteure richten, z.B. mehr Bürgernähe vor Ort, mehr Glaubwürdigkeit, mehr Transparenz, eine verständlichere Sprache oder die Konzentration auf die Probleme, die für die Bürger wichtig sind. Daneben sehen die Bundesbürger auch die Notwendigkeit, die Wähler besser über den Sinn und Zweck von Kommunalwahlen aufzuklären.

Eine starke Minderheit der Bundesbürger kann sich grundsätzlich durchaus vorstellen, sich einmal für längere Zeit und regelmäßig politisch zu engagieren, wobei sich hier ein deutliches Bildungs- und Stadt-Land-Gefälle zeigt.

Eine Mehrheit der Bundesbürger wäre aktuell zu einem politischen Engagement nicht bereit oder in der Lage, wobei ein recht großer Teil in dieser Gruppe sich unter Umständen zu einem Engagement bewegen ließe, wenn sie mit ihrem Einsatz etwas konkret bewirken könnten bzw. wenn sie von einem Thema oder Problem ganz unmittelbar betroffen wären.